Redebeitrag
Plenum, 10.12.2018
Haushaltsdebatte 2018-OB 10
-Michael Balter-

-Es gilt das gesprochene Wort-

Meine Damen und Herren, „wir leben in einem nervösen Zeitalter.“ Das hat Franz Kafka 1913 gesagt und genau das passt in die heutige Zeit.

Aufgrund der Aktualität möchte ich kurz auf die Ereignisse in Brüssel und den Abgang der NVA aus der Regierung eingehen.

Was für ein Theater! Damit meine ich nicht nur das Verhalten der NVA.

Wir haben wahrlich andere Probleme in Belgien, als dass nun gerade in diesen unruhigen Zeiten die Regierung sich nicht zusammenrafft und eine Lösung in dieser Problematik findet. Aber immerhin führt dies zu einer Diskussion und zu einem Aufhorchen in der Bevölkerung in Bezug auf den hinter verschlossenen Türen verhandelten und erst vor kurzem veröffentlichten UN-Migrationspakt, denn der UN-Migrationspakt ist eine Vereinbarung, welche sicherlich Konsequenzen für alle Bürger in unserem Lande und auch hier in der DG haben wird.

Und dass diese Vereinbarung nicht bindend sein soll, sieht eine stetig steigende Zahl von Ländern ganz anders, die gerade wegen der drohenden Gefahr des Verlustes der staatlichen Souveränität den Pakt ablehnen.

Der Pakt enthält 89-mal die Worte „verpflichten“ und „Verpflichtung“. Unter anderem den Satz:
„Wir verpflichten uns, die im Globalen Pakt niedergelegten Ziele und Verpflichtungen zu erfüllen und zu diesem Zweck auf allen Ebenen wirksame Maßnahmen zu ergreifen.“ Dass die Migration in Europa in den letzten Jahrzehnten zu enormen Problemen geführt hat und dass ein Großteil der Bürger damit nicht einverstanden ist, scheint niemanden zu interessieren. Von daher, auch wenn das Theater in Brüssel mit politischen Spielchen zu tun hat, kann ich die NVA verstehen.

VIVANT-Fraktion im PDG V.o.G.
Platz des Parlaments 1
B-4700 Eupen

Tel.: +32 (0)87/31 84 73
Fax: +32 (0)87/31 84 74

fraktion@vivant-ostbelgien.org
info@vivant.pdg.be
www.vivant-ostbelgien.org

Dass das Parlament jetzt mehr das sagen hat, sollte man als Demokrat begrüßen. Es kommt zumindest Leben in die politische Diskussion, wobei gesagt werden muss, dass selbst wenn mehrheitlich für die Resolution gestimmt wurde, dies noch lange nicht bedeutet, dass die Bevölkerung dies genauso sieht- im Gegenteil. Ich denke, ein Großteil der Bürger würde bei einer sachlichen Aufklärung über diese Vereinbarung dagegen stimmen. Die Befürworter sollten sich vor allem die Kritiken der linksorientierten Professoren und auch die linker Politiker europaweit anschauen.

Wenn es wirklich darum gehen würde, die Fluchtursachen zu bekämpfen, dann frage ich Sie, warum gerade die Parteien, die dies jetzt so hervorheben, jahrelang all den ausbeuterischen Handelsverträgen der EU mit Drittweltländer, welche nachweislich ein Grund für Flucht und Elend sind, zugestimmt, ja lauthals verteidigt haben. Oder die Angriffskriege der NATO, gerade die angeblich Liberalen die MR, waren immer vorne mit dabei, wenn es darum ging, die NATO und auch die USA in ihren völkerrechtswidrigen Kriegen zu unterstützen. Wie sehen diese Länder heute aus? Chaos und Anarchie treiben die Menschen in die Flucht und jetzt soll angeblich ein Migrationspakt Abhilfe schaffen. Übrigens: Auch die linken Parteien, haben größtenteils dann, wenn sie an der Regierung beteiligt waren, diesen EU Verträgen zugestimmt. Heuchlerischer geht es nicht!

Warum klärt man die Bevölkerung nicht sachlich über dieses Abkommen auf? Warum erklärt man nicht die Auswirkungen und lässt dann die Bürger in einem Referendum darüber abstimmen. Das wäre unser Vorschlag. Oder hat man etwa Angst vor der Meinung des Volkes?

Meine Damen und Herren,
kommen wir zum Haushalt und gleich zu den Aussagen des zuständigen Finanzministers, zur Regierungserklärung im September und dann zur Vorstellung des Haushaltes im vergangenen Oktober.

Meine Damen und Herren,

ich muss zugeben, dass ich über einige Werte bei der letzten Forsa-Umfrage überrascht war. Wenn man mit Bürgern auf der Straße spricht, hört sich das Öfters ganz anders an.

75 Prozent scheinen mit der Politik in der DG zufrieden zu sein. Wie kann dies sein? Wissen die Menschen denn nicht, dass die DG aktuell ca. 400 Millionen Euro Schulden hat - und das, obwohl wir in Belgien pro Kopf am meisten finanzielle Mittel von allen Gliedstaaten erhalten? Dass es eigentlich ein Leichtes ist, das Geld anderer Leute auszugeben?

VIVANT-Fraktion im PDG V.o.G.
Platz des Parlaments 1
B-4700 Eupen
Tel.: +32 (0)87/31 84 73
Fax: +32 (0)87/31 84 74
fraktion@vivant-ostbelgien.org
info@vivant.pdg.be
www.vivant-ostbelgien.org

Die DG bezahlt oder finanziert nichts. Es sind die Steuerzahler, die dies tun. Wir sollten dankbar sein, dass der Föderalstaat uns dieses Geld zur Verfügung stellt, denn hierzulande wird bekanntlich prozentual weniger Geld pro Kopf erwirtschaftet als im Inland. Uns geht es also ganz gut – dank dem Föderalstaat bzw. dem belgischen Steuerzahler. Letzterem geht es bekanntlich finanziell nicht gut.

Die Staatsschuld Belgiens beträgt aktuell mehr als 450 Milliarden und steigt um mehr als 500 Euro pro Sekunde, d.h. um mehr als 43 Millionen Euro pro Tag! Aber davon will hier niemand etwas wissen.

Vor vier Jahren, im Jahre 2014, schrieb der BRF hierzu einen Artikel:
„Es gibt die Fakten und es gibt die Perspektiven, die geradezu düster sind. Zunächst die Fakten: Die Staatsschuld hat die Schwelle von 400 Milliarden Euro überschritten. Das hat die Nationalbank am Donnerstag bekanntgegeben. 400 Milliarden Euro, das sind rund 40.000 Euro je Einwohner.“

Heute, vier Jahre später, sind es mehr als 450 Milliarden – und Friede, Freude, Eierkuchen.
Ach ja, die Zinsen sind ja so niedrig!

Meine Damen und Herren, vor 10 Jahren entstand nach der Lehman-Pleite eine weltweite Rezession, die auch Ostbelgien getroffen hatte. Sie erinnern sich. Alle waren geschockt, auch hier in der DG. Ein Krisendekret wurde verabschiedet und niemand wollte etwas gewusst haben, dabei haben Experten schon Jahre vorher vor solch einem Szenario gewarnt und heute sind die Staaten, die Unternehmen und die Privathaushalte höher verschuldet, als je zuvor.

Laut dem Internationalen Währungsfond wird heute rund ein Drittel der weltweiten Kredite als kritisch erachtet. Ich verstehe manchmal nicht, was noch eigentlich passieren muss, bis die Menschen mal aufwachen. Seit Anfang der 2000-Jahre haben sich weltweit die Schulden mehr als verdoppelt und die unvorstellbare Zahl von ca. 250 Billionen US-Dollar erreicht. (Quelle: https://www.nzz.ch/wirtschaft/der-globale-schuldenberg-waechst-weiter-ld.1402376)

Diesen Schulden stehen Vermögen in gleicher Höhe gegenüber, welche bedient werden wollen. Dies führ - rein mathematisch - über kurz oder lang zu einem globalen Finanzcrash.

Dies scheint auch die Europäische Zentralbank zu befürchten und hat die Rettungsschirme nochmal stark erhöht. Auch hat sie in den letzten Jahren Staatsanleihen in Höhe von mehr als

VIVANT-Fraktion im PDG V.o.G.
Platz des Parlaments 1
B-4700 Eupen
Tel.: +32 (0)87/31 84 73
Fax: +32 (0)87/31 84 74
fraktion@vivant-ostbelgien.org
info@vivant.pdg.be
www.vivant-ostbelgien.org

2000 Milliarden Euro aufgekauft. Italien, Griechenland, etc., alles Länder welche, nicht auf die Beine kommen. Die Finanzkrise führt mehr und mehr zu einer politischen Krise mit Folgen, auch für die DG.

Es wird stürmisch werden und die Proteste auf den Straßen in Frankreich und hier Belgien sind erst der Anfang. Die Menschen wollen eine andere Politik! Gewalt ist natürlich nicht zu tolerieren, aber diese Menschen sind größtenteils friedfertig und haben eins gemein: Sie sind es leid! Sie wollen nicht alle paar Jahre mal wählen gehen, um dann mit anzusehen, wie die Regierungen doch nur dem Großkapital und der Industrie hinterherdackeln. Ein ostbelgischer Journalist einer Online-Zeitung bringt es heute in einem Kommentar treffend zum Ausdruck: Immer mehr Menschen wollen anders regiert werden!

Eine der Ursachen für die Französische Revolution war die damalige hohe Staatsverschuldung. Einer der Anlässe war die Erhöhung der Lebensmittelpreise. Die Parallelen zu heute sind deutlich erkennbar.

Damals wie heute ging um es die Kaufkraft der Bürger und die Verschuldung des Staates, basierend auf einem Zinseszinssystem. Dass in den letzten Jahren die Wirtschaft Fahrt aufgenommen hat und man von niedrigen Arbeitslosenzahlen spricht, hat auch mit einer enormen Finanzschwemme der Zentralbanken zu tun. Banken haben in den letzten Jahren Kredite zu äußerst günstigen Konditionen vergeben, auch an Unternehmen, welche nach klassischer Berechnung kein Anrecht gehabt hätten. Hier gibt es enorme Risiken!

Meine Damen und Herren,

Herr Paasch sprach in der Regierungserklärung davon, Politiker müssten nachhaltig arbeiten. Schuldenberge aufzutürmen und Bürokratiekosten zu vermehren, ist weder nachhaltig noch zeigt dies von langfristigem Handeln. Auch wenn die aktuelle schwarze Null in der DG von der Tendenz abweicht, so sind in den letzten Jahren die Schulden in der DG immer weiter angestiegen.

Das Bemerkenswerte ist nicht, dass die DG dieses Jahr eine schwarze Null hat und eventuell ca. 3 Millionen Euro Schulden tilgt.

Eigentlich wäre dies ganz normal, denn so arbeitet jeder vernünftige Haushalt, nämlich indem er Kredite zurückbezahlt und nicht die alten mit neuen Krediten ablöst.

VIVANT-Fraktion im PDG V.o.G.
Platz des Parlaments 1
B-4700 Eupen
Tel.: +32 (0)87/31 84 73
Fax: +32 (0)87/31 84 74
fraktion@vivant-ostbelgien.org
info@vivant.pdg.be
www.vivant-ostbelgien.org

So ist auch die Aussage, dass die DG im Jahre 2019 nur 1,1 % Prozent Rückzahlung von Schulden, Kapital und Zinsen macht, nichtssagend. Bemerkenswert und befremdlich ist nur, dass hervorgehoben wird, dass die DG endlich mal mit dem auskommt, was ihr zur Verfügung steht.

Ich komme nun zu den Aussagen den Ministerpräsidenten aus der Haushaltsvorstellung:

Zuerst einmal spricht er die schlechteren Rahmenbedingungen an. Einige makroökonomische Parameter haben sich in den letzten Monaten verschlechtert, so Herr Paasch. Die Wachstumsprognosen wurden nach unten korrigiert.

Schuldige gibt’s auch dafür. Ganz abwegig ist es nicht, internationale Konflikte und Krisen dafür mitverantwortlich zu machen, nur haben die Verantwortlichen in Brüssel natürlich auch ihren Beitrag dazu geleistet.

Nach wie vor ist die steuerliche Belastung für Arbeitnehmer und die Lohnnebenkosten für Unternehmen viel zu hoch in Belgien. Auf der Liste der OECD-Länder mit dem höchsten Steuerdruck bleibt Belgien auf dem dritten Platz. 2017 betrug der Steuerdruck in Belgien 44,6 Prozent, ein halbes Prozent mehr, als im Vorjahr.

Ein Grund ist der Föderalismus und die damit verbundenen Bürokratiekosten. Zu viele Einrichtungen, welche zu viel Geld kosten und dem Bürger nichts bringen, wie beispielsweise die Provinzen oder der verstaubte Senat, koexistieren momentan.

Das will natürlich niemand hier hören, im Gegenteil!

Die Kosten für das Ministerium, die Regierung und das Parlament steigen seit Beginn der Legislatur im Jahr 2014 kontinuierlich an. Ich habe vor einigen Jahren dies bereits angesprochen, heute mit aktuellen Zahlen aus dem Haushalt.

Nehmen wir als Vergleichszeitraum die Jahre 2014 bis 2019,
also die aktuelle Legislaturperiode.

In diesem Zeitraum steigt der Haushalt des Parlamentes der DG von 3,9 Millionen auf mehr als 5,5 Millionen Euro. Eine Steigerung um 1,6 Millionen oder mehr als 40 Prozent in nur 5 Jahren!

VIVANT-Fraktion im PDG V.o.G.
Platz des Parlaments 1
B-4700 Eupen

Tel.: +32 (0)87/31 84 73
Fax: +32 (0)87/31 84 74

fraktion@vivant-ostbelgien.org
info@vivant.pdg.be
www.vivant-ostbelgien.org

Im Ministerium dasselbe: Von 17 Millionen auf fast 23 Millionen Euro. Also auch eine Steigerung um fast 40 Prozent.

Und die Regierung, die sich als so Bescheiden dahinstellt, gönnt sich in diesem Zeitraum auch 25 Prozent mehr! Von 3,1 Millionen im Jahre 2014 steigt diese Summe auf mehr als 3,9 Millionen Euro im Jahre 2019 an.

Kollegen und Kolleginnen,

die Anzahl der Mitarbeiter im Ministerium hat sich seit dem Jahre 2000 mehr als verdoppelt! Von 154 auf 342 Personen im Jahr 2018. Eine Steigerung um 122 Prozent! Im Jahre 2017 betrugen die Kosten für die Gehälter im Ministerium knapp 14 Millionen, 2019 werden es schon mehr als 16 Millionen sein.

Natürlich hat dies mit der Staatsreform und den Zuständigkeitserweiterungen zu tun. Nur, volkswirtschaftlich betrachtet, muss das Geld ja irgendwo herkommen oder anderen Orts eingespart werden und dies geschieht nicht, auch wenn der Föderalstaat vernünftigerweise versucht, seit Jahren Einsparungen zu machen. Die Regionen und Gemeinschaften geben weitaus mehr aus als dort eingespart wird.

Interessant ist hierzu die Aussage der Föderalregierung, man hätte doch Lohnnebenkosten und Steuern gesenkt und mehr als 170.000 Jobs geschaffen. Gewiss ist die Arbeitslosigkeit gesunken, nur wenn man die Zahlen genau analysiert, zeigen diese ein differenziertes Bild.

Eine Analyse des Ökonomen Philippe Defeyt vom Institut für Nachhaltige Entwicklung, hat ergeben, dass seit Beginn der aktuellen Legislaturperiode in Belgien zwar 176.000 Arbeitsplätze geschaffen worden seien, davon jedoch ein Drittel in von der öffentlichen Hand finanzierten Tätigkeitsbereichen. Es geht um 51.000 Arbeitsplätze, wovon wiederum ein Drittel im Rahmen des Systems der Dienstleistungsschecks geschaffen wurde. Die restlichen zwei Drittel seien der wirtschaftlichen Situation und der Konjunktur zu verdanken. Die Föderalregierung stellt es jedoch so dar, als habe der Privatsektor alle Arbeitsplätze geschaffen, dabei sind nachweislich ein Drittel der Jobs subventioniert.

Und dabei sind in Belgien bereits mehr als ein Viertel der Beschäftigten im öffentlichen Dienst beschäftigt. Wir haben in Belgien mehr als 1 Millionen Beschäftigte im Öffentlichen Sektor. In der DG sind es prozentual nur geringfügig weniger, als im belgischen Durchschnitt, nämlich 26 %, wobei es in Gesamtbelgien 27% sind.

VIVANT-Fraktion im PDG V.o.G.
Platz des Parlaments 1
B-4700 Eupen
Tel.: +32 (0)87/31 84 73
Fax: +32 (0)87/31 84 74
fraktion@vivant-ostbelgien.org
info@vivant.pdg.be
www.vivant-ostbelgien.org

In den letzten Jahren ist hierzulande die Anzahl der Beschäftigten im öffentlichen Sektor um ca. 4 Prozent pro Jahr angestiegen. Nachlesen kann man die Zahlen in einer Antwort auf meine schriftliche Frage Nr. 302.

Meine Damen und Herren, wo soll das noch hingehen?

Auch ist zu bedenken, dass wenn die DG Regierung immer mehr Personen in der Verwaltung einstellt, diese in der Privatwirtschaft fehlen.

Ein Bürger hat es vorkurzem in einem Online-Forum auf den Punkt gebracht: Alle Gemeinschaften und Regionen sind durch ihr Ich bezogenes Verhalten mit verantwortlich für die Schuldenberge Belgiens. Jeder will immer nur für sich das Beste herausholen, ohne den Gesamtkontext, d.h. die volkswirtschaftlichen Auswirkungen mit zu berücksichtigen. Dabei sollte es einfach heißen. „Wir dürfen nicht nur uns selbst sehen!“

Die DG Regierung ist durch ihre Formel, alles haben zu wollen, wenn die nötigen Finanzmittel fließen, auch mitverantwortlich, wenn auch nur in kleinem Maße gegenüber den anderen Gliedstaaten.

Die Bürger interessieren keinen. Diese bezahlen die höchsten Steuern und Abgaben und werden mit Kleinstrenten dann abgespeist.

Auch vergisst sie immer wieder, dass wir in Belgien Nettoempfänger sind, und auf Gedeih und Verderben von einem finanziell starken Föderalstaat abhängig sind.

Wir brauchen dringend Konzepte zur Effizienz in der Verwaltung und Konzepte zur Umstrukturierung im Ministerium, anstatt immer neue Leute einzustellen.

Wenn man bedenkt, welche Propaganda von der Regierung in Auftrag gegeben wird, um ihre Arbeit als so toll darzustellen, kann man sich vorstellen, dass ein Teil der Mitarbeiter in den Kabinetten und im Ministerium nur beschäftigt sind, um Pressearbeit zu machen und dies keinen direkten Mehrwert für die Bürger hat - vielleicht für einige Verlage welche bei der Anzeigenflut kräftig dabei verdienen.

Ein Mitglied der damaligen Opposition hat im Jahr 2001 im Rat der DG gesagt:

VIVANT-Fraktion im PDG V.o.G.
Platz des Parlaments 1
B-4700 Eupen
Tel.: +32 (0)87/31 84 73
Fax: +32 (0)87/31 84 74
fraktion@vivant-ostbelgien.org
info@vivant.pdg.be
www.vivant-ostbelgien.org

„[…] Die Rolle von Kabinetten im politischen System sollte präzise beschrieben werden. Staatlich finanzierte Parteiarbeit darf es in Kabinetten nicht geben, und Verwaltungsabläufe sollten von der Verwaltung wahrgenommen werden.“

Meine Damen und Herren, Herr Paasch wird sich noch daran erinnern, denn es waren seine Aussagen. Und was geschieht heute? Politische Propaganda kommt nicht nur aus den Kabinetten, sondern direkt vom Ministerium! Der Klüngel und die Propaganda der Regierenden ist Bestandteil des politischen Apparates. Das war so und das ist so. Das fängt in den Gemeinden an und geht über Eupen, Lüttich, Namur und Brüssel weiter. Und diejenigen, die dies damals kritisiert haben, machen dies heute mit.

Also brauchen wir wieder mehr Beteiligung durch die Bürger, damit diese erkennen, welches Spiel hier läuft. Ich bin mal gespannt, wie die nächsten Bürgerversammlungen aussehen werden.

Das Konzept, welches dem Präsidium seitens verschiedener Experten in dieser Thematik vorgelegt wurde, ist recht interessant, aber es sollte erst der Anfang sein. Und vor allem sollte es ehrlich und seriös durchgeführt werden und nicht nur der Propaganda nach dem Motto: „Seht her wir lassen die Bürger sprechen“, dienen.

Die Vivant Fraktion hat in dieser Legislatur zahlreiche Resolutionen und Abänderungsvorschläge zu Dekreten eingereicht. Wir haben immer wieder versucht, Sachlichkeit in die Debatte einzubringen und von Maßhalten gesprochen –
Ja, Maßhalten. Die Regierung sollte Maßhalten! Einige unserer Ideen werden von Teilen der Opposition mitgetragen und, bei einer Umfrage, sicherlich auch von großen Teilen der Bevölkerung. Ich bin mal gespannt auf die Diskussion bezüglich unserer letzten Resolution zum kostenlosen Schülertransport. Wird die Mehrheit hier Farbe bekennen und Abstand halten von den unsinnigen und kostspieligen Privilegien, wie u.a. die 5 Chauffeure, für Minister und Konsorten oder dem Senatsposten, da man ohne weiteres den Parlamentspräsidenten zu den wenigen und unsinnigen Sitzungen nach Brüssel senden könnte? Beide Posten sind bekanntlich nicht ausgelastet.

Herr Paasch hat mal gesagt: „Wir drehen jeden Euro zweimal um.“ Ich habe Ihnen eben Zahlen zur Verwaltung präsentiert. Von Maßhalten kann keine Rede sein.

VIVANT-Fraktion im PDG V.o.G.
Platz des Parlaments 1
B-4700 Eupen
Tel.: +32 (0)87/31 84 73
Fax: +32 (0)87/31 84 74
fraktion@vivant-ostbelgien.org
info@vivant.pdg.be
www.vivant-ostbelgien.org

Ostbelgien hat bis dato Glück gehabt. Wir profitieren von den Zahlungen des Föderalstaates, vom Fleiß zahlreicher Bürger und von der Grenznähe. Aber die stürmischen Zeiten werden nicht an uns vorbeiziehen.

Imme mehr Menschen erkennen das Spiel welches die klassische Politik betreibt und wollen eine Veränderung.

Meine Damen und Herren,

In der DG wurden einige Veranstaltungen zum Ende des 1. Weltkrieges vor 100 Jahren Organisiert, ein Krieg der unsägliches Leid über unseren Kontinent gebracht hat.

Am Ende des damaligen grausamsten Krieges der Geschichte hat ein Sohn unseres Gebietes, Silvio Gesell, folgenden Satz gesagt: "Trotz des heiligen Versprechens der Völker, den Krieg für alle Zeiten zu ächten, trotz der Rufe der Millionen: »Nie wieder Krieg!«, entgegen all den Hoffnungen auf eine schöne Zukunft, muss ich sagen: wenn das heutige Geldsystem, die Zinswirtschaft, beibehalten wird, so wage ich es, heute zu behaupten, dass es keine 25 Jahre dauern wird, bis wir vor einem neuen, noch furchtbareren Krieg stehen!"

Und er hat Recht behalten!

Michael Balter
Vivant-Fraktion im PDG

VIVANT-Fraktion im PDG V.o.G.
Platz des Parlaments 1
B-4700 Eupen

Tel.: +32 (0)87/31 84 73
Fax: +32 (0)87/31 84 74

fraktion@vivant-ostbelgien.org
info@vivant.pdg.be
www.vivant-ostbelgien.org